



Nr. 7/2014

Juli

### Maly beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2014 in Altötting

- ❑ **Maly beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2014.** Seite 1
- ❑ **Seehofer: Bürgermeister als Baumeister des Erfolgs.** Seite 4
- ❑ **Podiumsdiskussion mit Beckstein, Schaidinger und Ude.** Seite 6
- ❑ **Anhörung zum Mindestabstand von Windrädern.** Seite 7
- ❑ **Finanzausgleich 2015.** Seite 8
- ❑ **OBB: Barrierefreie Kommune.** Seite 9
- ❑ **EuGH: Beamtenbesoldung.** Seite 10
- ❑ **Landesbaukunstausschuss.** Seite 11
- ❑ **Patenprojekte Migration.** Seite 12

„Eine gute Hälfte Bayerns“ hat sich laut Vorsitzendem Dr. Ulrich Maly in Altötting zum BAYERISCHEN STÄDTETAG 2014 getroffen: Die direkt gewählten Bürgermeister und Stadträte aus 269 Mitgliedstädten vertreten 6,9 Millionen Bayerinnen und Bayern. Diese Menschen haben Erwartungen an die Politik, etwa zu Infrastruktur und Bildung. Mit Blick auf die niedrige Wahlbeteiligung sieht Maly „Investitionen in Zukunftsgerechtigkeit und Lebensqualität“ auch als „Handeln gegen Demokratie- und Staatsverdrossenheit“.

Drei große Themenfelder will Ministerpräsident Horst Seehofer bei einem Kommunalgipfel im Herbst erörtern: Die Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs (FAG), den Ausbau von Ganztagsangeboten und das Ziel der Barrierefreiheit. Beim komplexen System des Finanzausgleichs handelt es sich laut Maly „um ein eigenes Studienfach“: Die Neujustierung anhand eines wissenschaftlichen Gutachtens wird kein einfacheres System bringen, das „auf ein Bierfilz“ passt, meint Maly: „Es wird ein altes kompliziertes, aber nicht unbedingt total schlechtes System durch ein neues kompliziertes und hoffentlich besseres System ersetzt. Ich persönlich glaube nicht, dass sich revolutionäre Veränderungen ergeben, denn die Struktur unseres jetzigen Finanzausgleichs ähnelt nicht zufällig der Struktur vieler anderer Finanzausgleichssysteme in anderen Bundesländern.“ Jedes Bundesland hat ähnliche Systeme zum Finanzausgleich, die wiederum von wissen-

#### Impressum

#### Herausgeber:

Bayerischer Städtetag, Körperschaft des öffentlichen Rechts,  
Prannerstraße 7, 80333 München

Briefanschrift: Postfach 10 02 54, 80076 München,  
Tel. 089/29 00 87- 0, Fax: 089/29 00 87- 70

E-Mail: [post@bay-staedtetag.de](mailto:post@bay-staedtetag.de)

Internet: [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de)

Verantwortlich: Geschäftsführendes Vorstandsmitglied  
Bernhard Buckenhofer

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

schaftlichen Gutachten bestätigt worden sind. Maly: „Wir wollen festhalten am Ziel der bedarfsgerechten Finanzausstattung. Wir sind dabei, wenn es darum geht, Gerechtigkeitslücken zu schließen, wobei darüber natürlich gestritten werden kann. Und wir sind sofort dabei, wenn es darum geht, den Schwachen – auch die gibt es in Bayern – mehr zu helfen“, etwa bei der Anhebung der Stabilitätshilfen von einst 30 auf jetzt 100 Millionen Euro, bei der Einführung des Demografie-Faktors, der Abflachung der Einwohnergewichtung, der Erhöhung der Mindestinvestitionspauschale: „Ergebnis ist, dass ganz kleine Gemeinden heute 50 Euro pro Kopf Mindestinvestitionspauschale haben, Gemeinden mit 10.000 Einwohnern nur 10 Euro. Das ist schon das Gegenteil von proportional. Da ist eine bewusste Entscheidung von uns mitgetragen worden, um den ganz kleinen Gemeinden dort Spielräume zu geben.“

Die Einwohnergewichtung ist nach Ansicht der FAG-Gutachter sinnvoll, berechtigt und nötig. Maly: „Es geht nicht darum, dass es Städte gibt, in denen die Einwohner edler sind als anderswo, was gerne kolportiert wird. Alle Bayern sind gleich edel. Aber es geht natürlich darum, dass man für jeden Finanzausgleich einen passenden Indikator finden muss, der die Ausgabenbelastung der Städte zu fassen versucht.“ Die „Gutachter haben sich durch einen Bauchladen an Vorschlägen gearbeitet“ und kamen am Schluss ihrer Überprüfungen laut Maly zur Erkenntnis: „Irgendwie hängt es schon mit der Stadtgröße zusammen – nicht proportional, aber natürlich haben größere Städte fürs Umland größere Leistungen zu erbringen.“ Betroffen sind nicht nur Großstädte, sondern auch kleinere Städte oder Gemeinden mit Zentralitätsfunktion, wie Lauf, Hersbruck, Altötting oder Mühldorf am Inn: „Urbanität stellt sich nicht erst ab einer Million Einwohner ein, sondern Urbanität beginnt auch bei 5.000 oder 10.000 Einwohnern.“ Daher schlägt das Gutachten laut Maly vor, „an dem

bewährten Mechanismus der Einwohnergewichtung festzuhalten“. Möglichkeiten zur Neujustierung sehen die Gutachter mit neuen mathematischen Formeln, die das Finanzministerium nun mit Hilfe von Proberechnungen testen will. Erst die Ergebnisse von solchen Berechnungen geben eine solide Basis für konstruktive Verhandlungen.

Bei der von Ministerpräsident Horst Seehofer versprochenen Ganztagsgarantie für Kinder und bei der Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung stellen sich die Kommunen laut Maly ihrer „Mitfinanzierungsverantwortung“. Die Kommunen sind bei der Ganztagsbetreuung von Kindern bereits seit langem engagiert: „Wir sind dabei als Sachaufwandsträger, wenn es um die Investitionen in die Schulen geht. Wir sind dabei als Träger der Sozialarbeit an Schulen. Und wir sind dabei, weil es unsere Kinder sind, für die letztlich die Ganztagsbetreuung eingerichtet werden muss. Aber natürlich wird es dazu auch zusätzliche staatliche Mittel brauchen.“ Maly mahnt eine klare Struktur im Ganztagsangebot an: „Die Menschen erwarten, dass wir den bayerischen Ganztags so ausgestalten, dass sie ihn verstehen. Sie verstehen ihn im Moment nicht.“ Das Durcheinander an unterschiedlichen Angeboten, sei es Hort, Mittagsbetreuung, Halbtagschule oder Ganztagschule mit jeweils unterschiedlichen Trägerschaften und Gebühren verwirrt die Eltern. Maly: „Ich will bei der Ganztagsplatzgarantie gar nicht in erster Linie übers Geld sprechen.“ Nötig ist laut Maly eine Angebotsstruktur, die den jeweiligen Bedürfnissen eines Kindes und der Eltern gerecht wird, etwa für eine verlässliche Betreuung am Freitagnachmittag oder zu Ferienzeiten: „Die erste Aufgabe der Ganztagsgarantie ist, ein bisschen aufzuräumen mit dem Wirrwarr, den wir haben.“

Laut Maly „findet im Moment eine Art Exegese der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten“ statt, wie das Ziel definiert wird, Bayern bis 2023 barrierefrei zu machen und wie die

Umsetzung angepackt wird - angepasst an die unterschiedlichen Bedürfnisse von Gehbehinderten, Sehbehinderten, Hörbehinderten oder seelisch Behinderten. Probleme stellen sich etwa bei Altbauten in Rathäusern oder Schulen. „Wir bekennen uns zu dem Ziel, Bayern barrierefrei zu machen“, erklärt Maly. Nun gehe es darum, eine Fülle offener Fragen beim Kommunalgipfel zu klären - nicht zuletzt die Kernfrage, wie viel zusätzliche Mittel der Freistaat zur Verfügung stellt, um seine ehrgeizige Zeitvorgabe zu erfüllen und geweckte Erwartungen bei den Menschen nicht zu enttäuschen.

Laut Maly geht es bei Verhandlungen der kommunalen Spitzenverbände mit dem Freistaat nur auf den ersten Blick ums Geld, letztlich geht es um weitaus mehr: „Wir streiten nicht um unseren kommunalen Anteil an einem Steuer-Euro, sondern eigentlich für unsere Problemlösungskompetenz. Die Menschen schauen, wenn sie Probleme haben, als allererstes mit großen Augen ins Rathaus. Sie fragen auch gar nicht, ob wir die Zuständigkeit besitzen, oder ob vielleicht jemand anders zuständig ist.“ Der Hinweis auf Zuständigkeiten irritiert die Menschen eher und ist „wieder so ein kleiner Beitrag zur Politikverdrossenheit“.

Problemlösungskompetenzen für Kommunen liegen neben der gesicherten finanziellen Ausstattung auch in der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand: Hier bauen Bayerns Städte laut Maly weiter auf die Unterstützung des Freistaats zur Absicherung der Daseinsvorsorge vor Bedrohungen durch die Europäische Unionen oder durch internationale Freihandelsabkommen. Die Staatsregierung stand auf kommunaler Seite, „wenn die Europäische Union übergreifig geworden ist“, etwa bei den im vorigen Sommer gescheiterten Bemühungen, über eine Konzessionsrichtlinie Trinkwasserversorgung dem Wettbewerb zu unterwerfen. Aber Maly warnt: „Die Kommission, die Wettbewerbskommission hat

ein Gedächtnis wie Elefanten und die werden es wieder probieren.“ Der Bayerische Städtetag wird wachsam bleiben, wie zuletzt mit seinen frühzeitigen Warnungen vor den Folgen der Freihandelsabkommen TTIP und TISA auf die Daseinsvorsorge.

Für kommunales Handeln ist laut Maly entscheidend, „ob die Menschen sich wohl fühlen“: „Wenn man direkt gewählt ist, dann hat man diese durch die süddeutsche Ratsverfassung naturgegebene enge Verbindung zur Bevölkerung. Das ist ein Beruf weniger für abgebrühte Politfunktionäre. Es ist mehr ein Beruf für Menschen, die ihr Ohr dicht an der Bevölkerung haben.“ Bürgerinnen und Bürger pflegen Erwartungen an Politik – die Erwartungen richten sich häufig zuerst ans Rathaus: „Nicht jede Erwartung ist gerechtfertigt. Wir erleben auch inflationäre Erwartungen an die Politik. Aber viele Erwartungen sind gerechtfertigt“ – etwa an eine ausgebaute Infrastruktur mit Straßen oder eine differenzierte Infrastruktur für Bildung oder Betreuungsangebote für Kinder.

Die berechtigten Erwartungen dürfen nicht enttäuscht werden – ansonsten drohen Resignation und Politikverdrossenheit, die sich in niedriger Wahlbeteiligung niederschlägt. Maly: „Wir müssen kämpfen um die Leute. Wir kämpfen um die nicht dadurch, dass wir Plakate aufstellen, sondern wir kämpfen um die mit einer guten Politik für die Menschen, für ein gerechtes Bayern und letztlich auch fürs Wohlfühl, ohne das Staat am Ende nicht funktionieren kann. Denn die Menschen brauchen die Empathie. Sie müssen spüren, dass der Staat ihnen Schutz und Sicherheit gewährt, dass er dafür da ist, ihnen auch zu helfen in Krisensituationen.“ Maly appellierte: „Wir müssen Stellvertreterpolitik machen auch für die, die uns nicht mehr wählen, die sich selber nicht artikulieren.“

Kontakt: [achim.sing@bay-staedtetag.de](mailto:achim.sing@bay-staedtetag.de)

Ministerpräsident Seehofer beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2014

## Bürgermeister als Baumeister des bayerischen Erfolgs

**In der Rede beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2014 in Altötting betonte Ministerpräsident Horst Seehofer die gute Situation, in der sich der Freistaat befinde. Der Freistaat sei „Leitregion für Viele“. Oberbürgermeister und Bürgermeister seien Baumeister dieses Erfolgs. Dennoch sieht der Ministerpräsident gewichtige Aufgaben auf den Freistaat zukommen, die nur gemeinsam gelöst werden können. Die Staatsregierung will laut Seehofer nichts tun, was zu Lasten der Kommunen geht: „Es kann dem Freistaat nicht gut gehen, wenn es den Kommunen nicht gut geht.“**

Im Herbst findet der Kommunalgipfel unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten statt. Ein zentrales Thema ist der Kommunale Finanzausgleich. Über Volumen und Struktur wird diskutiert, jedoch wird laut Seehofer „nichts Revolutionäres“ stattfinden. Und: An der Einwohnergewichtung wird festgehalten. Eine besondere Berücksichtigung müssten Kommunen finden, die an demografischen oder strukturbedingten Gegebenheiten leiden, die sie selbst nicht verschuldet haben. Jedoch stellte der Ministerpräsident klar: „Man darf nicht glauben, dass man den Schwachen hilft, wenn man die Starken schwächt. Wir müssen das vernünftig austarieren.“

Der Ministerpräsident erklärt das gemeinsame Ziel, dass alle Regionen in Bayern dynamisch und prosperierend bleiben. Das Motto „Stadt und Land, Hand in Hand“ werde in Bayern gut praktiziert: „Dem ländlichen Raum ist nicht gedient, wenn wir die Städte in unzumutbarer Weise schwächen“, sagte Seehofer: „Daher gibt es den Einwohner-Wert im FAG.“

Am 5. August wird das Kabinett in Nürnberg einige Kriterien zur Modernisierung der Landesentwicklung festlegen. Neben den

demografisch bedingten Problemen spricht der Ministerpräsident aber auch Städte an, die mit den Problemen hoher Arbeitslosenquoten, den Auswirkungen der Bundeswehrreform oder großer Insolvenzen zu kämpfen haben. Strukturen müssten auch in den großen Städten gefestigt werden. Es gehöre zur bayerischen Tradition, dass die Staatsregierung solche strukturellen Veränderungen nicht alleine den Marktkräften überlässt. Dies sei ein langer und schwieriger Prozess, der begonnen und im Staatshaushalt finanziell hinterlegt werden muss.

Die Verhandlungen über die Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen haben begonnen. Noch in diesem Jahr sollen Vorschläge für die vertikalen und horizontalen Finanzbeziehungen erarbeitet werden. Damit befassen sich drei Gremien, denen der Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende angehört. Bei den Verhandlungen geht es laut Seehofer auch um die Wahrung der Interessen der Kommunen: „Sie dürfen sich darauf verlassen, dass der Freistaat Bayern sich als Anwalt der Kommunen in die Gespräche einbringen wird“ und dabei den Meinungsaustausch mit dem Bayerischen Städtetag sucht. Wenn es laut Seehofer gelingt, im Länderfinanzausgleich eine deutliche Reduzierung für Bayern zu erreichen, würde die eingesparte Summe vor allem dafür verwendet, die kommunale Finanzausstattung zu verbessern.

Wichtige Zukunftsinvestitionen, etwa für die Verkehrsinfrastruktur, die digitale Versorgung des Freistaats oder für die Hochschullandschaft, seien ohne den Bund nicht zu machen. So müsse das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und seine Fortführung mit dem Bund verhandelt werden. Es müsse Klarheit geschaffen werden,

wie die Gemeindeverkehrsfinanzierung ab 2019 weiterläuft. Zukunftsinvestitionen müssen trotz der Bemühungen um einen ausgeglichenen Haushalt auf eine verlässliche Grundlage gestellt werden.

Die Staatsregierung werde sich massiv für die kommunale Entlastung einsetzen. Der Bund beginne ab 2015, sich jährlich mit einer Milliarde Euro am Bundesleistungsgesetz zu beteiligen. Dennoch sei er noch weit von der vereinbarten Größenordnung von 5 Milliarden Euro jährlich entfernt. Die Staatsregierung will sich dafür einsetzen, dass die vom Bund zugesagte Beteiligung an der Eingliederungshilfe für Behinderte in Höhe von 5 Milliarden Euro, die in das Leistungsgesetz einfließen soll, tatsächlich erbracht wird. Der Ministerpräsident ermuntert die Oberbürgermeister und Bürgermeister, im Herbst in Berlin die Stimme zu erheben: „Nur, wenn vor Ort Druck da ist, können wir etwas bewirken.“

Ein wichtiges Thema beim Kommunalgipfel ist laut Seehofer die Gestaltung und Finanzierung der Ganztagsangebote. Seehofer wandte sich gegen einen „Einheitsbrei“: Die Angebote müssten den vielfältigen Bedürfnissen von Kindern und Eltern gerecht werden. Bildung sei im beruflichen und im allgemein bildenden Bereich das wichtigste Thema. Bei den Hochschulen müsse die Sanierung der Bausubstanz im Auge behalten werden. Es bestehe ein großer Nachholbedarf. Es würde keine grundlegende Bildungsreform in absehbarer Zeit in Bayern durchgeführt.

Beim Versprechen, Bayern werde bis 2023 im gesamten öffentlichen Raum barrierefrei, komme es zunächst darauf an, das Ziel und den Zielkreis zu definieren und zwei bis drei Prioritäten zu setzen: Schule, ÖPNV und alle Bereiche mit starkem Publikumsverkehr. Im

Doppelhaushalt 2015/2016 würden Mittel in einer „vorzeigbaren Größenordnung“ bereitgestellt. Näheres möchte der Ministerpräsident beim Kommunalgipfel besprechen: „Wir werden einvernehmliche Lösungen finden.“

Der Ministerpräsident sieht sich „als einer der Verursacher der Energiewende“: „Wir sind in Bayern sehr gut unterwegs“ und steuern auf einen Anteil von 40 Prozent der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung zu. Für besonders energieintensive Betriebe konnte eine Ausgleichsregelung mit der Europäischen Kommission verhandelt werden. Dadurch würden Arbeitsplätze erhalten. Folgefragen der EEG-Novelle würden im kommenden Jahr gelöst. Der Klimaschutz dürfe nicht aus dem Auge geraten. Deshalb werde der Freistaat im Herbst eine Bundesratsinitiative starten für die energetische Gebäudesanierung und ihre finanzielle Unterstützung. Diskussionen werden zu führen sein über Stromtrassen: Einen „Ost-Link“ werde es nicht geben. Bayern sei Spitze bei der Nutzung erneuerbarer Energien. Die Windausbauziele würden gerade wegen der „10H“-Regel erreicht.

Bayern ist laut Seehofer ein weltoffenes Land. Menschen, die Asyl suchen, bekommen Schutz. Die Staatsregierung lasse die Kommunen bei dieser Frage nicht alleine und kümmere sich um die Schaffung zusätzlicher Erstaufnahmeeinrichtungen und Unterbringungsmöglichkeiten. Der Bund müsse deutlich mehr Personal für Asylverfahren zur Verfügung stellen, um die Verfahrensdauer zu verkürzen. Weitere Themen waren der digitale Aufbruch Bayerns, die S-Bahn-Stammstrecke in München, die dritte Startbahn am Flughafen in München oder die elektrifizierte Bahnstrecke Nürnberg-Marktredwitz-Prag.

*Kontakt: [florian.gleich@bay-staedtetag.de](mailto:florian.gleich@bay-staedtetag.de)*



Podium beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2014 mit Schaidinger und Ude

## Beckstein: „So schlimm sind die gar nicht, wie die aussehen“

**Bayerns ehemaliger Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein, die ehemaligen Oberbürgermeister von Regensburg und München, Hans Schaidinger und Christian Ude unternahmen zur 50. Vollversammlung des Bayerischen Städtetags in Altötting in einer Podiumsdiskussion einen launigen Rückblick auf die Städtetagsarbeit der vergangenen Jahre.**

Die Aussage der beiden Alt-Oberbürgermeister, dass sie ihren Ruhestand genießen würden, kommentierte Beckstein gleich zu Beginn der von Ursula Heller vom Bayerischen Rundfunk moderierten Diskussion mit dem humorigen Hinweis, dass er dem im selben Umfang Glauben schenke wie er ihren früheren politischen Aussagen Glauben geschenkt habe. Er relativierte aber: „So schlimm sind die gar nicht, wie die aussehen.“

Ude bemerkte, dass Kommunalminister Beckstein fast nie politischer Gegenspieler war, dies seien eher Finanz- und Wirtschaftsminister gewesen. Beckstein zeigte sich den Kommunen gegenüber immer aufgeschlossen. Beckstein parierte launig: Man erkenne am Lob, dass Ude nicht mehr im Amt sei.

Zur Frage, was ihn an der Zusammenarbeit mit den Städtetagsoberen genervt habe, meinte Beckstein: Die Gespräche seien stets von gutem menschlichen Klima geprägt gewesen und es habe keine persönlichen Animositäten gegeben. Lediglich einmal, als es um die Nebentätigkeitsregelung ging, sei es unangenehm geworden. Deimer missfiel die unterschiedliche Behandlung von Bürgermeistern und Mitgliedern der Staatsregierung. Beckstein erinnerte sich an den Spruch des früheren Städtetagsvorsitzenden und jetzigen Ehrenvorsitzenden Josef Deimer: „Mit voller Hose ist gut stinken“.

Nachträgliches Lob bekam Beckstein für sein Engagement zugunsten der Gewerbesteuer. Ude hob hervor: Der Bayerische Städtetag habe eine herausragende Rolle gespielt, dass die Gewerbesteuer bislang nicht angetastet wurde. Laut Schaidinger wurden in 18 Jahren vier Angriffe gegen die Gewerbesteuer abgewehrt.

Auf die Frage, was er künftig machen werde, antwortete Hans Schaidinger mit einem Spruch von Josef Deimer: „Wenn man nichts mehr zu sagen hat, soll man trotzdem seinen Mund halten.“ Reaktion Beckstein: „Dass Du das kannst, glaube ich Dir nie. Dass es Ude nicht kann, haben wir bei seiner Verabschiedung gesehen.“

Fast schon eine Liebeserklärung gab Beckstein schließlich mit dem Bekenntnis, dass es sich beim Bürgermeisteramt um einen Traumberuf handelt: „Wie schön hat es ein OB, der braucht niemand fragen, nicht wahr, Herr Ude.“ Nachdenklicher wirkte Becksteins Tipp, sich jede Woche einen Tag Ruhe zu gönnen.

Laut Ude war der Städtetag immer eine Wohltat, weil es dort nicht eine einzige vergiftete Diskussion gegeben habe. Schaidinger konnte sich in seiner Städtetagszeit nur an eine Kampf abstimmung im Vorstand erinnern: dabei ging es um Zuständigkeiten beim Rettungsdienst. Ansonsten herrschte immer parteiübergreifender Konsens. Laut Beckstein ist dieses Konsensprinzip ein wesentlicher Teil der Stärke des Städtetags, das ihm Durchschlagskraft verleihe. „Das habt Ihr über Jahrzehnte perfektioniert!“

*Kontakt: [manfred.riederle@bay-staedtetag.de](mailto:manfred.riederle@bay-staedtetag.de)*

Expertenanhörung im Bayerischen Landtag

## Mindestabstand zwischen Wohnhäusern und Windrädern

**Am 3. Juli 2014 fand im Wirtschaftsausschuss im Bayerischen Landtag unter Vorsitz von Erwin Huber eine Expertenanhörung zur Einführung eines Mindestabstands zwischen Windenergieanlagen und Wohnnutzungen statt. Die Experten, darunter der Bayerische Städtetag, waren sich einig: Die Einführung eines Mindestabstands des Zehnfachen der Gesamthöhe („10H“) einer Windenergieanlage zur Wohnbebauung widerspricht den von der Staatsregierung im Bayerischen Energiekonzept von 2011 gesetzten Zielen, die Windkraft als kosteneffizienten und flächensparenden Energieträger auszubauen.**

Nachdem die ursprüngliche Gesetzesinitiative der Freistaaten Bayern und Sachsen zur Einführung eines höhenbezogenen Mindestabstands im Bundesrat gescheitert war, gelang es Horst Seehofer im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD eine Absichtserklärung aufzunehmen. Da die Standortplanung von Windenergieanlagen in die Zuständigkeit des Bundes fällt, bedurfte das Vorhaben einer bundesrechtlichen Länderöffnungsklausel. Sie ist zwar im Bundesrat erneut gescheitert, wurde aber am 27. Juni 2014 im Bundestag beschlossen. Die Länderöffnungsklausel tritt zum 1. August 2014 in Kraft. Die Expertenanhörung betraf die landesrechtliche Regelung in der Bayerischen Bauordnung.

Der Bayerische Städtetag hat sich schon im Frühjahr 2013 gegen die Gesetzesinitiative gewehrt und seine Mitglieder umfassend informiert. Die Befürchtungen des Städtetags, ein gesetzlicher Mindestabstand mache sämtliche, in den vergangenen Jahren erarbeitete Konzentrationsflächenplanungen zu Nichte, sind mit dem Gesetzentwurf der Staatsregierung eingetreten. Die Beschränkung des Privilegierungsstatbestands der Windenergienutzung bringt bestehende Standortplanungen von Windenergieanlagen in Schieflage und hat die Nichtigkeit des

Gesamtkonzeptes zur Folge. Diese Planungen können nicht nachgebessert werden. Zwar kann der Mindestabstand von „10H“ durch kommunale Bebauungspläne unterschritten werden. Das Wirtschaftsministerium ermuntert die Kommunen sogar, planend tätig zu werden, damit die Ausbauziele erreicht werden. Es sind aber dann wieder die Städte und Gemeinden, die in mühsamer Arbeit und langen Diskussionen mit den Bürgern Pläne aufstellen müssen. Sie werden auf Unverständnis von Bürgern stoßen, die von oberster Stelle gesagt bekommen haben „10H“ gelte grundsätzlich und überall.

Unter Zugrundelegung eines Mindestabstands von „10H“ stehen für die Windenergie kaum mehr geeignete Flächen im Stadt- oder Gemeindegebiet zur Verfügung. Windenergieanlagen werden an sensible Ortsrandlagen gedrängt und führen zu Streitigkeiten zwischen benachbarten Kommunen. Der Städtetag ist deshalb der Überzeugung, dass das Gesetz nicht in Kraft treten darf. Wenigstens müssen Bestandschutzregelungen zum Schutz bestehender Standortplanungen der Kommunen und der Regionalen Planungsverbände integriert werden. Die Staatsregierung hingegen möchte am Vorhaben festhalten und das Änderungsgesetz der Bayerischen Bauordnung nach der Sommerpause in Kraft treten lassen. Der Wirtschaftsausschuss hat trotz des massiven Widerstands in der Expertenanhörung die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs empfohlen und als „obiter dictum“ angeregt, über Bestandschutzregelungen für bestehende Konzentrationsflächendarstellungen und über ein erweitertes Vetorecht der Nachbargemeinden zu diskutieren.

*Kontakt: [florian.gleich@bay-staedtetag.de](mailto:florian.gleich@bay-staedtetag.de)*

Kommunaler Finanzausgleich 2015

## Auf den Auftakt im Sommer folgt der Kommunalgipfel im Herbst

**Am 7. Juli 2014 fand ein Auftaktgespräch über den kommunalen Finanzausgleich 2015 zwischen den Vorsitzenden der kommunalen Spitzenverbände und Finanzminister Dr. Markus Söder statt. Die finale Verhandlungsrunde soll im Herbst auf dem von Ministerpräsident Seehofer angekündigten Kommunalgipfel stattfinden.**

In der ersten Verhandlungsrunde standen vor allem die voraussichtlichen Entwicklungen in den einzelnen Steuerverbänden sowie der Einstieg in eine Strukturdebatte zur Verteilungssystematik bei den Gemeindeschlüsselzuweisungen im Mittelpunkt.

Nach einem unter Vorbehalt stehenden Entwurf sollen die reinen Landesleistungen im kommunalen Finanzausgleich 2015 um 4 Prozent auf 7,81 Milliarden Euro steigen (Gesamtvolumen: 8,28 Milliarden Euro). Der Entwurf beinhaltet einen Anstieg bei den Schlüsselzuweisungen um 7,1 Prozent auf 3,18 Milliarden Euro. Außerdem ist eine Aufstockung der Mittel für die Förderung des kommunalen Hochbaus nach Artikel 10 FAG vorgesehen. Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund (derzeit: 12,75 Prozent) sowie am Kfz-Steuerersatzverband (derzeit: 52,5 Prozent) soll unverändert bleiben.

Die kommunalen Spitzenverbände haben den Entwurf zur Kenntnis genommen und ihre gemeinsamen Forderungen nach einer Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerbund sowie am Kfz-Steuerersatzverband, eine deutliche Stärkung der kommunalen Investitionsförderung für Schulen und Kindertagesstätten, die Anhebung der seit 1. Januar 1990 unveränderten Pro-Kopf-Zuweisungen für die Erledigung von Aufgaben

im übertragenen Wirkungskreis und eine stärkere Entlastung bei den Kosten für die Schülerbeförderung bekräftigt. Außerdem sollten die Stabilisierungshilfen für strukturschwache Kommunen aufgestockt und dauerhaft aus dem Staatshaushalt, statt zu Lasten der Schlüsselzuweisungen finanziert werden.

Der Finanzminister diskutierte über eine mögliche Fortentwicklung an der Verteilungssystematik bei den Gemeindeschlüsselzuweisungen. Das vom Finanzministerium und Innenministerium gemeinsam mit allen kommunalen Spitzenverbänden in Auftrag gegebene Gutachten zur Überprüfung der Verteilungssystematik befindet sich derzeit in der Abstimmung und wird Ende September vorgestellt.

Nach der vorläufigen Endfassung sehen die Gutachter sowohl auf der Steuerkraftseite als auch bei der Ermittlung des Ausgabenbedarfs Optimierungsbedarf und haben konkrete Vorschläge formuliert. Hervorzuheben ist die enge Verzahnung zwischen der Einnahmen- und Ausgabenseite, weshalb isolierte Eingriffe bei der Steuerkraftberechnung kritisch zu sehen sind. Aufgrund der finanziellen Tragweite für die Kommunen werden zunächst Probeberechnungen angestellt. Auf dieser Basis soll dann auf dem Kommunalgipfel im Herbst über strukturelle Änderungen bei der Verteilung der Gemeindeschlüsselzuweisungen beraten werden.

*Kontakt: [johann.kronauer@bay-staedtetag.de](mailto:johann.kronauer@bay-staedtetag.de)*



Oberste Baubehörde: Auftakt der Pilotphase

## Modellprojekte für barrierefreie Kommunen

**Am 24. Juni 2014 fand eine Informationsveranstaltung zum Auftakt der Modellphase einer Konzepterarbeitung für das Sonderinvestitionsprogramm „Bayern barrierefrei 2023 – Modul Bau und Verkehr“ in der Obersten Baubehörde statt. Der Ministerpräsident hat nach seinem Zielausspruch in der Regierungserklärung, Bayern solle bis 2023 im gesamten öffentlichen Raum barrierefrei werden, angekündigt, ein Sonderinvestitionsprogramm „Bayern barrierefrei 2023“ aufzulegen. Die Modellkommunen unterstützen die Oberste Baubehörde, ein Konzept zur Unterstützung aller bayerischen Städte und Gemeinden zu erarbeiten.**

Federführend zuständig ist das Sozialministerium. Jedoch ist der Obersten Baubehörde eine tragende Rolle bei der Unterstützung der Städte und Gemeinden zugedacht. Um diese Rolle übernehmen zu können, werden der Obersten Baubehörde Finanzmittel aus dem Doppelhaushalt 2015/2016 zugeteilt. Die Oberste Baubehörde hat als Teil des Gesamtkonzepts federführend das Modul „Bayern barrierefrei 2023 – Bau und Verkehr“ entwickelt.

In diesem Modul sollen in den nächsten zehn Jahren bauliche Maßnahmen zur Schaffung von Barrierefreiheit finanziell unterstützt werden. Zur Förderung von Gemeinden wird in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Teilprogramm entwickelt: „Die barrierefreie Kommune“. Daneben werden von der Obersten Baubehörde die Handlungsfelder ÖPNV, Bahnhöfe, Bundes- und Staatsstraßen sowie öffentlich zugängliche Gebäude bearbeitet.

Die Modellphase dient dazu, den kommunalen Bedarf abzuschätzen. Es werden räumliche, sachliche und zeitliche Prioritäten erarbeitet sowie wichtige Handlungsfelder identifiziert und quantifiziert. Daraus wird die

Oberste Baubehörde einen Leitfaden entwickeln. Der Städtetag unterstützt dieses Vorhaben der Obersten Baubehörde.

Die Modellkommunen wurden von der Obersten Baubehörde ausgewählt, weil dort bereits fortgeschrittene Aktivitäten in der barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Raums erkennbar waren. Der staatliche Zuschuss für die Modellkommunen geht über einen niedrigen fünfstelligen Betrag nicht hinaus. Große Städte wurden wegen des begrenzten finanziellen Rahmens nicht in die Modellphase mit einbezogen.

Zu den Modellkommunen zählen: Starnberg, Traunstein, Eggenfelden, Grafenau, Mitterteich, Neumarkt in der Oberpfalz, Kronach, Litzendorf, Wassertrüdingen, Bad Windheim, Bad Kissingen, Stadtprozelten, Höchstadt, Marktoberdorf und Günzburg.

Die Modellphase soll in diesem Jahr abgeschlossen werden, so dass die Oberste Baubehörde Anfang 2015 den Leitfaden erarbeiten kann. Kommunen, die Fördermittel beantragen wollen, sollten frühzeitig mögliche Projekte für den Beginn des Sonderinvestitionsprogramms bereithalten. Die bayerischen Städte und Gemeinden unterstützen die Beseitigung von Barrieren, sind aber wegen des Umfangs des Vorhabens allein überfordert, das Ziel in der knappen Zeit von zehn Jahren zu erreichen. Nun liegt es an der Staatsregierung, das Sonderinvestitionsprogramm mit den notwendigen Mitteln auszugestalten, um ihr ehrgeiziges Ziel zu erreichen.

*Kontakt: [florian.gleich@bay-staedtetag.de](mailto:florian.gleich@bay-staedtetag.de)*

Urteil des Europäischen Gerichtshofs

## Altersdiskriminierung bei der Beamtenbesoldung

**Am 19. Juni 2014 urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) zur altersdiskriminierenden Besoldung von Beamten. Daraus folgt, dass die seit 1. Januar 2011 in Bayern geltenden Überleitungsregelungen sowie das neue bayerische Besoldungsrecht europarechtlich konform sind. Die bis 31. Dezember 2010 in Bayern geltende Anknüpfung der Besoldung an das Besoldungsdienstalter hingegen verstieß nach den Luxemburger Richtern gegen das unionsrechtliche Verbot der Altersdiskriminierung.**

Das Urteil stellt einen wichtigen Schritt zur Klärung des Systemwechsels im Besoldungsrecht dar, denn der EuGH hat die geltenden Übergangsregelungen, die bisher als altersdiskriminierend angesehen wurden, grundsätzlich gebilligt. Aus dem Urteil folgt daher kein gesetzlicher Änderungsbedarf.

Mit dem europäischen Urteilsspruch ist die jahrelange Unsicherheit beendet, ob die Überleitungsregelungen mit Bezug auf die Dienstaltersstufen einen Verstoß gegen EU-Recht darstellen. Der EuGH hat dabei aber festgestellt, dass das frühere System auf einer Altersdiskriminierung der Beamten beruhte.

Die Klärung der Rechtsfolgen einer möglichen, nicht EU-rechtskonformen Besoldung vor dem 1. Januar 2011 überlässt der EuGH nun den nationalen Gerichten. Daher steht noch eine weitere letztinstanzliche Klarstellung zum Beispiel bezüglich der Voraussetzungen eines unionsrechtlichen Entschädigungsanspruches sowie des Erfordernisses der zeitnahen Geltendmachung aus. Rechtskräftige Entscheidungen sind hier noch nicht absehbar. Folglich besteht

auch bisher für betroffene Beamte noch kein Handlungsbedarf.

Die befürchteten Nachzahlungen – nach bundesweiten Schätzungen beliefen sich diese auf 3,6 Milliarden Euro – sind jedoch im EU-Antidiskriminierungsrecht nicht vorgesehen.

Das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr hat für die Kommunen zur weiteren Verfahrensweise eine Empfehlung angekündigt.

Für allgemeine Informationen steht Beamten außerdem die Hotline des Landesamts für Finanzen unter der Nummer 089/7624-1234 zur Verfügung.

Das EuGH-Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-501/12 bis C-506/12, C-540/12 und C-541/12 vom 19. Juni 2014 ist abrufbar unter:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=153813&pageInd ex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=386448>

[andrea.gehler@bay-staedtetag.de](mailto:andrea.gehler@bay-staedtetag.de)

Beratung bei Bauprojekten

## Wiederbegründung des Landesbaukunstausschusses

Am 24. Juni 2014 hat Innenminister Herrmann sieben Experten aus dem kommunalen Bereich, aus Kunst und Wissenschaft in den Landesbaukunstausschuss berufen. Auf Vorschlag des Bayerischen Städtetags vertritt Prof. Christian Baumgart, Baureferent der Stadt Würzburg, den Bereich Städtebau. Die Berufung fand auf Einladung des Staatsministers im festlichen Rahmen im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr statt.

Der Landesbaukunstausschuss wurde im Jahr 1952 als Beratungsgremium der Bayerischen Staatsbauverwaltung eingerichtet. Er geht auf eine von König Ludwig I. 1829 gegründete Monumentalbaukommission unter der Leitung von Leo von Klenze zurück.

Der Ausschuss berät die Staatsbauverwaltung bei den staatlichen Bauvorhaben des Hochbaus sowie des Straßen- und Brückenbaus, die von besonderer baukünstlerischer Bedeutung sind. Der Landesbaukunstausschuss hat seit seiner Wiederbegründung 1952 in fast 150 Sitzungen wichtige Baumaßnahmen beraten, etwa die Neubauten der Staatskanzlei oder der Münchner Flughafen Franz-Josef-Strauß. Seit dem Jahr 2000 ruhte die Arbeit des Landesbaukunstausschusses.

In den Landesbaukunstausschuss wurden als ehrenamtliche Mitglieder berufen: Prof. Christian Baumgart, Würzburg (Städtebau), Prof. Ingrid Burgstaller, München (Hochbau), Prof. Dr. Uta Hassler, Zürich (Denkmalpflege, Kunst- und Architekturgeschichte), Prof. Regine Keller, München (Landschaftsarchitektur), Prof. Arno Lederer, Stuttgart (Hochbau), Manfred Mayerle, München (Kunst) und Prof. Dr. Michael Pötzl, Coburg (Bauingenieurwesen).

Die Staatsbauverwaltung soll den Landesbaukunstausschuss bei staatlichen Bauvorhaben von besonderer baukünstlerischer Bedeutung in einem möglichst frühen Planungsstand anhören. Die gutachterlichen Äußerungen des Ausschusses sind vom Freistaat in den weiteren Verfahrensschritten zu würdigen. Der Landesbaukunstausschuss steht daneben den bayerischen Städten und Gemeinden für deren Bauvorhaben auf deren Wunsch für eine gutachterliche Beratung zur Verfügung.

Kontakt: [florian.gleich@bay-staedtetag.de](mailto:florian.gleich@bay-staedtetag.de)

Sie können den INFORMATIONSBRIEF auch elektronisch beziehen: Unter [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de) gehen Sie rechts auf der Startseite auf das blau unterlegte Feld „**Elektronischer Abodienst**“ und klicken „**Informationsbrief und PR-Mitteilungen**“ an, um sich anzumelden.

Ehrenamtliche Patenprojekte

## Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

**Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund kann nur in den Städten und Gemeinden, also vor Ort und nah an den Bürgern, gelebt werden. Das ehrenamtliche Engagement ist dafür eine tragende Säule, die sich zum Beispiel in Patenprojekten zeigt.**

Bereits seit vielen Jahren gibt es in den bayerischen Städten sogenannte Patenprojekte, die in unterschiedlicher Ausprägung Menschen mit Migrationshintergrund in der örtlichen Gemeinschaft an die Hand nehmen. Die Paten geben ihr Wissen und ihre Erfahrungen im persönlichen Kontakt an Migrantinnen und Migranten weiter. Der bayerische Integrationsbeauftragte, Martin Neumeyer, MdL, und der Bayerische Integrationsrat machen sich bayernweit für solche Patenprojekte stark.

Der BAYERISCHE STÄDTETAG 2009 in Mühldorf am Inn hat sich konzentriert mit dem Thema „Städte schaffen Integration“ auseinandergesetzt. Bei der Tagung und im umfangreichen Diskussionspapier wurden verschiedene Beispiele für das Gelingen der Integration vor Ort dargestellt. Damals haben einzelne Mitgliedstädte aus ihren praktischen Erfahrungsbereichen heraus für das Diskussionspapier erarbeitet, wie wichtig es ist, das bürgerschaftliche Engagement für die Integration zu nutzen und zu stärken.

Jeder dritte Einwohner Bayerns engagiert sich bereits ehrenamtlich oder möchte sich gerne engagieren. Vor allem im Bereich aktiver Bürgerinnen und Bürger, die die berufliche Phase hinter sich haben, liegt noch enormes Potenzial. Häufig haben sich Ruheständler und Pensionisten ihre Vitalität und ihr Engagement unverändert bewahrt und sind gerne bereit, auch beim Ausbau von Patenprojekten in den bayerischen

Kommunen mitzumachen. Für Menschen mit Migrationshintergrund ist wiederum ein Patenprojekt die personifizierte Hand, die gereicht wird, um sie intensiv in die Gesellschaft einzubinden. Wegen der demografischen Entwicklung ist Deutschland in den nächsten Jahren mehr und mehr auf Zuwanderung angewiesen. Diese Zuwanderer gilt es dann auch zu integrieren und zu einem Bestandteil unserer Gesellschaft zu machen.

*Kontakt: [julius.forster@bay-staedtetag.de](mailto:julius.forster@bay-staedtetag.de)*

## 8. Marktredwitzer Bodenschutztage

Vom 8. bis 10. Oktober 2014 finden unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Staatsministers für Umwelt und Verbraucherschutz, Herrn Dr. Marcel Huber, die 8. Marktredwitzer Bodenschutztage statt unter dem Motto „Bodenschutz – Instrumente für Vor- und Nachsorge“. Der Boden ist im öffentlichen Bewusstsein nicht so präsent wie Wasser und Luft. Doch für den Bodenschutz ist das Wissen um die Bedeutung des Bodens unerlässlich. Boden kann unter Umständen auch über längere Zeit Belastungen verkraften, auf Dauer wird seine Funktionsfähigkeit jedoch beeinträchtigt. Maßnahmen zur Wiederherstellung der Bodenfunktionen führen meist nur unter hohem finanziellem Aufwand zum Erfolg. Daher ist neben Instrumenten für den Vollzug der Bodenschutzgesetze Bewusstseinsbildung für den Bodenschutz unbedingt notwendig. Bei den 8. Marktredwitzer Bodenschutztagen werden bayern-, bundes- und europaweite Aktivitäten vorgestellt. Internet: [www.marktredwitz.de](http://www.marktredwitz.de), E-Mail: [bodenschutztage@marktredwitz.de](mailto:bodenschutztage@marktredwitz.de).

## Persönliche Nachrichten

### Verstorben

ist Verwaltungsdirektor a. D. **Volker Welz**, ehemals Referent für Gesundheit und Soziales beim Bayerischen Städtetag.

### Wahlen im Städtetag

Die Vollversammlung des Bayerischen Städtetags wählte in Altötting den Nürnberger Oberbürgermeister **Dr. Ulrich Maly** zum zweiten Mal als Vorsitzenden. Er steht seit Juli 2011 an der Spitze des Bayerischen Städtetags.

Als 1. stellvertretender Vorsitzender wurde der Augsburger Oberbürgermeister **Dr. Kurt Gribl** gewählt. Er tritt die Nachfolge von Oberbürgermeister a. D. Hans Schaidinger, Regensburg, an.

Als 2. stellvertretender Vorsitzender wurde Erster Bürgermeister **Josef Pellkofer** aus Dingolfing gewählt. Er tritt die Nachfolge von Altbürgermeister Michael Sedlmair, Ismaning, an.

### Mitglieder des Vorstands

#### *Gruppe der CSU:*

Oberbürgermeister **Dr. Harald Fichtner**, Hof, Oberbürgermeister **Dr. Kurt Gribl**, Augsburg, Oberbürgermeister **Dr. Christoph Hammer**, Dinkelsbühl, Oberbürgermeister **Dr. Christian Lösel**, Ingolstadt, Oberbürgermeister **Markus Pannermayr**, Straubing.

#### *Gruppe der SPD:*

Erster Bürgermeister **Thomas Herker**, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Oberbürgermeister **Dr. Ivo Holzinger**, Memmingen, Oberbürgermeister **Dr. Ulrich Maly**, Nürnberg, Oberbürgermeister **Andreas Starke**, Bamberg, Oberbürgermeister **Joachim Wolbergs**, Regensburg.

#### *3. Gruppe:*

Erster Bürgermeister **Benedikt Bisping**, Lauf a. d. Pegnitz, Erste Bürgermeisterin **Karin Bucher**, Cham, Erster Bürgermeister **Markus Loth**, Weilheim i. OB, Erster Bürgermeister **Josef Pellkofer**, Dingolfing, Oberbürgermeisterin **Carda Seidel**, Ansbach, Erste Bürgermeisterin **Susanna Tausendfreund**, Pullach i. Isartal.

**Bernd Buckenhofer** gehört als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied dem Gremium kraft Amtes an.

### Bezirksvorsitzende

**Gabriele Bauer**, Oberbürgermeisterin – Rosenheim, Oberbayern; **Stefan Bosse**, Oberbürgermeister – Kaufbeuren, Schwaben; **Alfons Brandl**, Erster Bürgermeister – Herrieden, Mittelfranken; **Jürgen Dupper**, Oberbürgermeister – Passau, Niederbayern; **Toni Dutz**, Erster Bürgermeister – Wiesau, Oberpfalz; **Peter Haugeneder**, Erster Bürgermeister – Neuötting; Oberbayern, **Gerhard Jauernig**, Oberbürgermeister – Günzburg, Schwaben; **Dr. Thomas Jung**, Oberbürgermeister – Fürth, Mittelfranken; **Dr. Paul Kruck**, Erster Bürgermeister – Karlstadt, Unterfranken; **Brigitte Merk-Erbe**, Oberbürgermeisterin – Bayreuth, Oberfranken; **Dr. Christian Moser**, Oberbürgermeister – Deggendorf, Niederbayern; **Frank Rebhan**, Oberbürgermeister – Neustadt bei Coburg, Oberfranken; **Sebastian Remelé**, Oberbürgermeister – Schweinfurt, Unterfranken; **Kurt Seggwiß**, Oberbürgermeister – Weiden i. d. Opf., Oberpfalz.



## Geburtstage

Im Juli 2014 feiern

den 70. Geburtstag: **Bürgermeisterin Heidi Benda**, Bad Aibling, Bürgermeister **Roland Fuchs**, Friedberg, Bürgermeister **Albert Obert**, Neu-Ulm, Erster Bürgermeister a. D. **Dr. Leonhard Scherg**, Marktheidenfeld

den 65. Geburtstag: Bürgermeister **Michael Asbeck**, Neumarkt-Sankt Veit, Bürgermeister **Josef Gruber**, Burglengenfeld, Altbürgermeister **Michael Sedlmair**, Ismaning, ehemals 2. stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags,

den 60. Geburtstag: Erster Bürgermeister **Edmund Pirkelmann**, Waischenfeld, Mitglied im Verwaltungs- und Rechtsausschuss des Bayerischen Städtetags, Erster Bürgermeister **Thomas Reimer**, Neustadt a. d. Donau, Erster Bürgermeister **Matthias Ruhdorfer**, Schäftlarn,

den 50. Geburtstag: Bürgermeister **Erich Lang**, Wiesau.

## Seminar Bürgerbeteiligung

Was bedeutet die Beteiligung von Bürgern an der Energiewende? Wie können Kommunen Bürgerbeteiligung gestalten? Wann ist der richtige Zeitpunkt und wie passt regionale Entwicklung und die Planung erneuerbarer Energie-Anlagen mit Beteiligung zusammen? Die „100 Prozent erneuerbar stiftung“ veranstaltet mit der Universität Stuttgart, Dialogik und SRL das „Praxistraining Bürgerbeteiligung und Energiewende“. Modul 1: 22. - 24. September 2014; Modul 2: 06. - 07. Oktober 2014 in Heidelberg, Teilnahmegebühr 850 Euro. Internet: [www.beteiligen.100-prozent-erneuerbar.de](http://www.beteiligen.100-prozent-erneuerbar.de).

## Josef Deimer Ehrenvorsitzender des Bayerischen Volkshochschulverbands

Josef Deimer, Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetags, wurde zum Ehrenpräsidenten des Bayerischen Volkshochschulverbandes gewählt. Die Volkshochschulen würdigen damit die großen Verdienste Deimers, der 35 Jahre an der Spitze der bayerischen Volkshochschulen gewirkt hat. Als Nachfolgerin haben die bayerischen Volkshochschulen Barbara Stamm, Präsidentin des Bayerischen Landtags, zu ihrer Präsidentin gewählt. Barbara Stamm tritt die Nachfolge von Josef Deimer, Altoberbürgermeister der Stadt Landshut, an. Sie ist damit oberste Repräsentantin der 216 bayerischen Volkshochschulen.

Josef Deimer nahm auf der Landestagung der bayerischen Volkshochschulen in Erlangen Abschied. An seine großen Leistungen im Dienste der Erwachsenenbildung erinnerten zahlreiche Wegbegleiter.

Rund 200 geladene Gäste nahmen am Abend an der Verabschiedung von Josef Deimer, Altoberbürgermeister und Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetags, teil. Josef Deimer hatte das Amt des Präsidenten des Bayerischen Volkshochschulverbandes 35 Jahre ehrenamtlich inne. In dieser Zeit hat sich Deimer für das kommunale Profil der mehr als 200 Volkshochschulen mit den rund 1.000 Außenstellen stark gemacht. 35 Jahre später ist der Kommunalpolitiker überzeugter denn je: „Erwachsenenbildung rechnet sich zwar nicht – aber sie zahlt sich aus.“ Mit seiner Wahl zum Ehrenpräsidenten des Bayerischen Volkshochschulverbands bleibt Josef Deimer auch in Zukunft den Volkshochschulen verbunden.

**Termine**

24.07.2014	<b>Pressekonferenz</b> in München
19.09.2014	<b>Sozialausschuss</b> in München
23.09.2014	<b>Bezirksversammlung Mittelfranken</b> Rothenburg o. d. Tauber
30.09.2014	<b>Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder</b> in München
07.10.2014	<b>Verwaltungs- und Rechtsausschuss</b> in München
10.10.2014	<b>Finanzausschuss</b> in München
14.10.2014	<b>Umweltausschuss</b> in München
15.10.2014	Arbeitskreis <b>Gutachterausschüsse</b> in Hof
16.10.2014	<b>Wirtschafts- und Verkehrsausschuss</b> in München
17.10.2014	<b>Schulausschuss</b> in München
21.10.2014	<b>Forstausschuss</b> in München
24.10.2014	<b>Personal- und Organisationsausschuss</b> in München
04.11.2014	<b>Vorstand</b> in München
06.11.2014	<b>Pressekonferenz</b> in München
07.11.2014	Arbeitskreis <b>Organisation</b> in Passau

*abgeschlossen 17. Juli 2014*

## BAYERISCHER STÄDTETAG 2014

**in Altötting**

*Unter [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de) / Jahrestagungen / Jahrestagung 2014  
steht zum Herunterladen u.a. bereit:*

- BAYERISCHER STÄDTETAG 2014: Positionen des Bayerischen Städtetags
- Hermann Unterstöger: Kleine Tischrede zur Jahrestagung in Altötting